

## Konkrete Aufträge des Landtags an die Regierung

a) Die Regierung wird beauftragt, den ÖV sowohl betrieblich als auch bezüglich der Infrastruktur gemäss dem Mobilitätskonzept 2030 weiter auszubauen und zu bevorzugen.

**(22 Ja-Stimmen bei 24 Anwesenden)**

b) Die Regierung wird beauftragt, eine vertiefte Variantenprüfung zur Entlastung des Dorfzentrums von Schaan in enger Abstimmung mit der Gemeinde Schaan durchzuführen und das Ergebnis der Variantenprüfung dem Landtag bis zum 30. Juni 2021 zur Kenntnis zu bringen.

**(Einhellige Zustimmung)**

c) Die Regierung wird beauftragt zu prüfen, wie die Optimierung der Rheinübergänge Bendern-Haag und Vaduz-Sevelen gegenüber der Terminplanung des Agglomerationsprogramms Werdenberg-Liechtenstein priorisiert werden können.

**(Einhellige Zustimmung)**

d) Die Regierung wird beauftragt, die Massnahmen zum Ausbau des Radwegnetzes zu priorisieren, umzusetzen oder einer definitiven Entscheidung zuzuführen.

**(Einhellige Zustimmung)**

e) Die Regierung wird beauftragt, dem Landtag einen Bericht und Antrag betreffend die Total- oder Teilrevision des Gesetzes über das Verfahren in Expropriationsfällen vorzulegen.

**(19 Ja-Stimmen)**

f) Die Regierung wird beauftragt zu veranlassen, dass entlang der Hauptverkehrsachsen in Zusammenarbeit mit den Gemeinden, wo immer möglich, die notwendigen Mobilitätskorridore behörden- und grundeigentümergebunden gesichert werden können.

**(Einhellige Zustimmung)**

### Zusatzanträge:

*Auf Antrag von Alexander Batliner, FBP*

g) Die Regierung wird beauftragt, gleichzeitig mit dem Bericht und Antrag zur Gesetzesrevision über das Verfahren in Expropriationsfällen dem Landtag einen Bericht und Antrag betreffend Revision des gesetzlichen Verbandsbeschwerderechtes unter anderem bezüglich Beschwerdebefugnis in Art. 47 Naturschutzgesetz (NSchG) sowie Beschwerdelegitimation in Art. 32 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) vorzulegen. Mit dieser Revision soll die Möglichkeit einhergehen, aus verkehrstechnischen und anderen in der Erfüllung von Staatsaufgaben liegenden Gründen mit insbesondere übergeordnetem, dem Allgemeinwohl dienenden Interesse das gesetzliche Verbandsbeschwerderecht einzuschränken.

**(20 Ja-Stimmen)**

*Auf Antrag der Unterländer Abgeordneten*

h) Die Regierung wird beauftragt, eine vertiefte Variantenprüfung zur Entlastung der Dorfzentren von Schaanwald und Nendeln in enger Abstimmung mit den Gemeinden Eschen und Mauren durchzuführen und dem Landtag das Ergebnis der Variantenprüfung zur Kenntnis zu bringen.

**(22 Ja-Stimmen)**

*Auf Antrag von Violanda Lanter, VU*

i) Die Regierung wird beauftragt, dem Landtag jährlich Bericht zu erstatten zum Umsetzungsstand des Mobilitätskonzeptes 2030 sowie der darin enthaltenen längerfristigen Leitprojekte.

**(24 Ja-Stimmen)**

*Auf Antrag von Johannes Kaiser, FBP*

j) Die Regierung wird beauftragt, Abklärungen betreffend einer knapp nördlich von Feldkirch positionierten Autobahnverbindung der Rheintalautobahnen A14 in Österreich und A13 in der Schweiz mit Österreich und der Schweiz, inklusive der Option der finanziellen Beteiligung des Landes Liechtenstein, vorzunehmen. Das Ergebnis der Abklärungen ist dem Landtag zur Kenntnis zu bringen.

**(21 Ja-Stimmen)**

Zwei Anträgen von FL und NF wurde nicht stattgegeben. Sie betrafen den Modalsplit und die Prüfung von Tunnelvarianten.

Antrag der Freien Liste (Modalsplit): 4 Ja-Stimmen

Antrag Neue Fraktion (Tunnelvarianten prüfen): 6 Ja-Stimmen